

Frankreich will Kaufanreize für Elektroautos bis 2022 verlängern 13.06.2018

Mehr Förderung für den Aufbau von Ladesäulen / Von Peter Buerstedde

Paris (GTAI) - Die französische Regierung hat am 22. Mai 2018 ein Übereinkommen mit der im Land ansässigen Automobilindustrie geschlossen. Danach soll der Absatz reiner Elektroautos bis Ende 2022 das Fünffache des Niveaus von 2017 erreichen. Dazu hat die Regierung zugesagt, bis 2022 Kaufanreize zu schaffen und den Aufbau von Ladesäulen stärker zu unterstützen. (Kontaktadressen)

Die im Mai zwischen Regierung und Automobilindustrie geschlossene strategische Vereinbarung (Contrat stratégique de la filière Automobile 2018-2022) soll der Branche helfen, auf Innovationen durch neue Wettbewerber (Tesla, Uber, Google etc.), strengere Umweltvorgaben, Digitalisierung und neue Mobilitätsformen zu reagieren. Das rechtlich unverbindliche Strategiepapier ist das erste in einer Reihe geplanter Übereinkommen. Die Regierung hatte im November 2017 mit dem Nationalen Industrierat (Conseil national de l'industrie; CNI) ein bestehendes Konsultationsinstrument mit der Industrie, das dem Wirtschaftsministerium untersteht, wiederbelebt. Im Rahmen des CNI führt sie inzwischen mit 16 Branchen in einzelnen Kommissionen Unterredungen durch, die in ähnliche Verträge münden könnten.

Während Frankreich im europäischen Vergleich bereits großzügige Kaufanreize von bis zu 6.000 Euro für reine Elektroautos gewährt (siehe GTAI-Artikel "Elektromobilität Frankreich: Kaufanreize treiben den Markt an", <http://www.gtai.de/MKT201803128025> ▶), besteht Nachholbedarf bei der Förderung des Ladesäulenaufbaus (siehe GTAI-Artikel "Elektromobilität Frankreich: Ladeinfrastruktur noch ausreichend", <http://www.gtai.de/MKT201805178001> ▶).

1 Million Elektrofahrzeuge auf französischen Straßen bis Ende 2022

Das Herzstück der Übereinkunft bilden neue Zielvereinbarungen für die Entwicklung der Elektromobilität. Der Absatz rein elektrischer Fahrzeuge in Frankreich soll danach bis 2022 auf das Fünffache ansteigen. Bei rund 31.000 Neuzulassungen von emissionsfreien Kfz im Jahr 2017 wird für 2022 daher ein Absatz von etwa 150.000 Fahrzeugen angestrebt. Hinzu kommt eine unbestimmte Anzahl an Plug-in- und anderen Hybridfahrzeugen.

Der Bestand soll bis 2022 auf 600.000 reine Elektrofahrzeuge anwachsen. Ende 2017 betrug er 139.100. Die rund 400.000 Plug-In-Hybride hinzugerechnet, die nach Erwartung der Regierung bis Ende 2022 abgesetzt werden, würde die Anzahl an elektrisch aufladbaren Fahrzeugen bis dahin auf 1 Million ansteigen.

Regierung will bis 2022 feste Kaufanreize bieten

Um dieses Ziel zu erreichen, will die Regierung die Industrie stärker unterstützen und ihr mehr Planungssicherheit geben. So verpflichtet sie sich, Kaufanreize für Elektrofahrzeuge bis mindestens Ende 2022 anzubieten, allerdings nicht in gleicher Höhe wie bisher. Mit dem Haushaltsgesetz für 2019 sollen die Prämien über den Zeitraum festgeschrieben werden. In der Diskussion ist zudem eine weitere Prämie für Plug-in-Hybride. Diese waren Anfang 2018 aus der Förderung herausgefallen.

Gleichzeitig soll ein Verhältnis von einer Ladesäule je zehn Fahrzeuge gewahrt werden. Ende 2022 müssten demnach 100.000 Ladesäulen zur Verfügung stehen; zu Jahresbeginn 2018 waren es 22.308.

Mehr Förderung für Aufbau der Ladeinfrastruktur

Die Förderung für Ladesäulen wird verstärkt, indem die Stromnetzbetreiber bis 2021 die Kosten für den Netzanschluss tragen. Wie bereits im Frühjahr 2018 angekündigt, wird die Regierung bis Ende 2019 den Rechtsrahmen für Ladepunkte in Wohnhäusern und auf Parkplätzen anpassen, um deren Installation zu erleichtern. So soll etwa das Recht auf eine Ladesäule festgeschrieben werden.

Eine neue App wird den Käufern den Weg weisen

Unternehmen und Staat befürchten, dass sich potenzielle Käufer von Elektrofahrzeugen durch die Komplexität der Fördermaßnahmen und die noch lückenhafte Ladeinfrastruktur abschrecken lassen. Bis September 2019 ist daher die Entwicklung einer mobilen App geplant, die alle Informationen vom Modellangebot über finanzielle Anreize bis zu einer kartografischen Aufarbeitung der Ladenetze vorhält.

Andere Vereinbarungen betreffen die Nutzung von Wasserstoff und die Entwicklung des autonomen Fahrens (siehe GTAI-Bericht: "Frankreich will Vorreiterrolle bei autonomem Fahren einnehmen" <http://www.gtai.de/mkt201806088002> ▶). Die Unternehmen sollen sich bis Ende 2018 freiwillig bereiterklären, mehr Kunststoffe aus Fahrzeugen zu recyceln.

Forschungsgelder für Batterien und Bordsysteme

Der Staat will darüber hinaus das Wachstum kleiner und mittlerer Unternehmen und von Startups fördern. Dazu wird die Entwicklungsbank Bpifrance einen Accelerator für kleine Branchenfirmen aufbauen, der 150 bis 180 Unternehmen helfen soll, zu wachsen und sich zu internationalisieren. Der Fonds für Forschungsgelder für den Automobilsektor (Fonds Avenir Automobile) erhält 135 Millionen Euro von Staat und den großen Herstellern und wird um vier Jahre verlängert. Damit sollen unter anderem neue Batterietechnologien (Feststoffbatterien mit hoher Leistung) und Bordsysteme entwickelt werden.

Kontaktadressen

Bezeichnung	Internetadresse	Anmerkungen
AHK Frankreich	http://frankreich.ahk.de ▶	Anlaufstelle für deutsche Unternehmen
Avere-France	http://www.avery-france.org ▶	Verband zur Entwicklung der Elektromobilität
Avem	http://www.avem.fr ▶	Informationsportal zu Elektrofahrzeugen und Hybriden

Weitere Informationen zu Frankreich finden Sie unter <http://www.gtai.de/frankreich> ▶



Karl-Heinz Dahm | ©
GTAI

KONTAKT

Karl-Heinz Dahm

☎ +49 228 24 993 274

✉ [Ihre Frage an uns](#)

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck – auch teilweise – nur mit vorheriger ausdrücklicher Genehmigung. Trotz größtmöglicher Sorgfalt keine Haftung für den Inhalt.

© 2019 Germany Trade & Invest

Gefördert vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages.